

Parlament nutzt seine neuen Rechte

SWIFT-Abkommen abgelehnt



Das Europäische Parlament hat während der letzten Plenartagung in Straßburg das umstrittene SWIFT-Abkommen zur Weitergabe von europäischen Bankkundendaten an die USA abgelehnt. Damit setzte sich eine von Sozialdemokraten, Grünen, Linke und Liberalen breit getragene Mehrheit gegen die Verzögerungstaktik der konservativen Fraktion im Parlament durch. Denn EVP-Abgeordnete hatten zuvor versucht, die Abstimmung zu verschieben, um auch weiterhin am schlecht ausgehandelten Abkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten festzuhalten.

"Das war ein guter Tag für die Bürgerinnen und Bürger der EU. Das Europäische Parlament hat damit den Rat in seine Schranken verwiesen und sichergestellt, dass dieses schlecht ausgehandelte Abkommen, das verfassungsmäßige Rechte und den Datenschutz mit Füßen getreten hätte, nun außer Kraft gesetzt ist. Damit hat das Parlament auch dem massiven Druck widerstanden, der in den Tagen vor der Abstimmung sowohl von Seiten der USA wie auch von den Staats-

und Regierungschefs ausgeübt worden war" so die Europaabgeordnete Petra Kammerevert

Einer der immer wieder vorgebrachten Vorwürfe sei gewesen, dass das Parlament damit dem Kampf gegen den Terrorismus eine Absage erteile. "Dies ist eindeutig falsch, der Kampf gegen den Terrorismus bleibt eine Priorität auch für das Europäische Parlament. Aber wir werden nicht zulassen, dass in der EU fundamentale Grundrechte ausgehebelt und damit unser demokratisches System selbst gefährdet wird. "Wir brauchen ein effektives und koordiniertes Konzept, das Sicherheit schafft, die Rechte der Bürger schützt und die Ursachen des Terrorismus bekämpft. Abstriche beim Schutz der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit werden wir nicht hinnehmen" bilanziert Petra Kammerevert.

In der mit breiter Mehrheit angenommenen Entschließung wird die Kommission aufgefordert, dem Europäischen Rat Empfehlungen für eine Neuverhandlung vorzulegen. Das Parlament hat dabei wesentliche Forderungen zur Sicherung der Bürger-

rechte und des Datenschutzes aufgestellt, die dabei zu beachten sind. Bis dahin entstehen keine Sicherheitslücken, denn es gilt das allgemeine Rechtshilfeabkommen zwischen der EU und den USA, das die Datenübermittlung in begründeten Fällen auch weiterhin zulässt.

Nach dem Vertrag von Lissabon kann das neue und endgültige SWIFT-Abkommen nicht am Parlament vorbei mit den USA verhandelt werden und bedarf am Ende einer Zustimmung durch das EP. "Wir werden keine Ruhe geben, bis alle offenen Fragen beantwortet sind. Nämlich: Was mit unseren Daten genau geschieht, wem sie zur Verfügung gestellt werden, wie lange sie gespeichert werden und wie wir uns gegen einen Missbrauch zur Wehr setzen können."



Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Neben der Wahl der zukünftigen EU-Kommission unter der zweiten Amtszeit des Kommissionspräsidenten Barroso gehörten Grundrechtsschutz und Terrorismusbekämpfung zu den thematischen Schwerpunkten der Februar-Plenartagung in Straßburg.

Insbesondere das Abkommen über die Weiterleitung von Bankdaten an die USA (SWIFT-Abkommen) und der Einsatz von „Nacktschanner“ auf Flughäfen wurden heiß diskutiert. Auch die Erweiterung der EU war ein Thema. Die EU-Parlamentarier stellten den Beitrittskandidaten Kroatien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien positive Zeugnisse aus. Die Türkei wurde aufgefordert die Reformanstrengungen zu verstärken.



Tagesschau-Apps dürfen den Gebührenzahlern nicht vorenthalten werden

"Ist Koch-Mehrin überge-appt?"

Verärgert ist die SPD Europaabgeordnete und das Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien des Europäischen Parlaments, Petra Kammerevert, über die erneuten Anwürfe gegen moderne Auspielwege für den öffentlich rechtlichen Rundfunk.

"Die FDP setzt ihre Klientelpolitik kon-

sequent in Europa fort. Nachdem die Hoteliers privilegiert wurden, sollen sich jetzt kommerzielle Rundfunkanbieter freuen dürfen. Wird es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk verboten, "Apps" für Smartphones anzubieten, werden die privaten Rundfunkanbieter mit ihren kostenpflichtigen "Apps" auf den Markt drängen und abkassieren", so Medien-Expertin

Kammerevert. Es gehe der FDP darum, die Rundfunkgebühren öffentlich schlecht zu reden und zugleich dafür Sorge zu tragen, dass Gebührenzahler/-innen möglichst wenig für ihre Gebühren bekommen, um so ein solidarisches Finanzierungssystem für unabhängige und glaubwürdige Medien öffentlich in Frage zu stellen. Diese Politik nutze einzig dem Gewinnstreben privater Rundfunkanbieter und deren Anteilseignern, häufig großen Verlagshäusern.

"Das Tagesschau-App ist durch die Rundfunkgebühr bezahlt. Als Gebührenzahlerin erwarte ich geradezu vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dass er auf allen modernen Wegen orts- und zeitsouverän erreichbar und abrufbar ist. Für 17 Euro im Monat möchte ich einen modernen Rundfunk, dessen frei zugänglichen Angebote möglichst viele Menschen nutzen können. Apps sollten deshalb für alle Smartphones entwickelt werden, nicht nur für das iPhone und Telekom-Kunden", Kammerevert weiter.

In der im Oktober 2009 überarbeiteten Rundfunkmitteilung hat die EU-Kommission verdeutlicht, dass die Öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten der Digitalisierung und neue Verbreitungswege technologieneutral nutzen sollen. Das bedeutet, dass bereits für klassisches Radio und TV hergestellte Inhalte auch über alle neuen Wege versendet werden dürfen. Koch-Mehrins Anfrage an die Kommission wurde damit schon zu Gunsten öffentlich-rechtlicher Apps beantwortet.

2010 - Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

In der Europäischen Union leben circa 80 Millionen Menschen an der Armutsgrenze, viele von ihnen können sich nicht einmal das Nötigste zum Lebensunterhalt leisten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 verschärft die Langzeitfolgen dieses Zustandes noch zusehends. Für das Jahr 2010 wurde daher die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung als Priorität ausgesucht. Insgesamt 17

Millionen Euro stehen zur Verfügung, neun Millionen davon für Aktivitäten in den Mitgliedstaaten, sowohl auf regionaler, als auch auf lokaler Ebene. Die Gesamtkoordination und die Verwaltung des dafür bereit gestellten Budgets übernimmt in Deutschland das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Das nationale Motto für das Europäische Jahr 2010 lautet in Deutschland „Mit neuem Mut.“ An-

sprechpartner und weitere Informationen sind über <http://www.mit-neuem-mut.de> erreichbar. Die vollständige „Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ kann heruntergeladen werden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=808&langId=de>

EU-Parlament wählt neue EU-Kommission und bekommt dafür neue Rechte



SPD-Fraktionsvorsitzender, Martin Schulz: "Wir brauchen eine starke Kommission, die sich auf eine starke Mehrheit im Parlament stützen kann"

Am 9. Februar wurde die neue EU-Kommission vom Europäischen Parlament mit 488 Stimmen bei 137 Gegenstimmen und 72 Enthaltungen vom Europäischen Parlament ins Amt gehoben. Das neue Kollegium von Kommissionspräsident José Manuel Barroso soll für die nächsten fünf Jahre der Motor der EU sein.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat der neuen EU-Kommission nicht mit Begeisterung zugestimmt. In den Anhörungen habe die Kommission den "Eindruck des Abtes José Manuel" hinterlassen, "der mit seinen 26 Novizen des Trappistenordens erschienen ist", die sich dem "Schweigegelübte unterworfen" hätten, um nichts Falsches zu sagen, meinte Martin Schulz.

Die Kommission müsse "als Kollegialorgan handeln" und nicht als "Präsidialsystem" geführt werden, forderte er. "Wir brauchen eine starke Kommission, die sich auf eine starke Mehrheit im Parlament stützen kann", so Schulz. Voraussetzung für die Zu-

stimmung der Sozialdemokraten war eine Reihe klarer Forderungen an Barroso zu Beginn der Bildung der neuen EU-Kommission, die erfolgreich durchgesetzt wurden. Dazu gehörte u.a., das zukünftig bei allen wichtigen Gesetzesvorhaben vorab eine soziale Folgenabschätzung erfolgen muss und dass das EP über eine interinstitutionelle Vereinbarung ein Initiativrecht für Gesetze erhält.

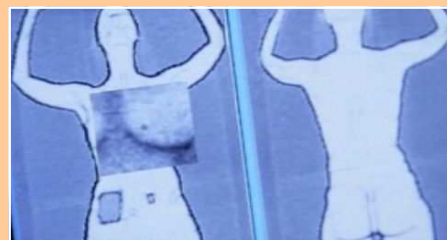
„Dieses interinstitutionelle Rahmenabkommen stärkt die Rechte des EP entscheidend. Insbesondere die Tatsache, dass wir damit ein Initiativrecht im Gesetzgebungsverfahren erhalten ist ein Quantensprung und damit ein wichtiger Zugewinn für die Demokratie und für die Menschen in Europa. In Zukunft können wir so durch eigene Gesetzesinitiativen den Kurs in Europa wesentlich bestimmen. Wir können die Kommission so zum Handeln auffordern und müssen nicht warten, bis sie selbst aus den Puschen kommt.“ sagte Petra Kammerevert.

Einsatz von „Nacktscanner“ auf Flughäfen

Skepsis gegenüber der Verhältnismäßigkeit und der Zweckmäßigkeit von Body-Scannern im Kampf gegen den Terrorismus überwog in der Plenardebatte im Europaparlament in Straßburg. So wurde sowohl die Effektivität der Geräte bezweifelt als auch der Eingriff in die Intimsphäre und die möglichen gesundheitlichen Folgen sowie die hohen Kosten gegen die Scanner ins Feld geführt. Eine uneinheitliche Praxis innerhalb der EU erschien manchem als die schlechteste Option. Bisher liegen jedoch keine konkreten Vorschläge für EU-weit gültige Regeln vor.

Der neue EU-Verkehrskommissar Siim Kallas sagte, es sei noch nicht vollkommen klar, welchen Mehrwert diese Apparate für die Sicherheit bringen und was die Folgen für Gesundheit und die Privatsphäre sind. „Wir müssen uns entscheiden, ob man dies besser auf nationaler oder auf europäischer Ebene regelt. Aus meiner Sicht wäre ein europäischer Rahmen besser“, so der Verkehrskommissar.

Auch der Verkehrsausschuss, dem Petra Kammerevert als stellv. Mitglied angehört hatte zuvor intensiv über Nacktscanner diskutiert. Auch hier überwog die Skepsis. Zu unklar sei bislang die Verhältnismäßigkeit von Nutzen, Aufwand und Eingriff in die Bürgerrechte. Damit befindet sich das Parlament auch auf einer gemeinsamen Linie mit vielen Flughäfen und Fluggesellschaften, die bereits mehrfach vor "Schnellschüssen" bei der Einführung von Nacktscannern gewarnt haben.



Neuer SPD-Arbeitskreis soll künftig das Thema Netzpolitik auf Parlamentsebene koordinieren

Die Europaabgeordneten **Birgit Sippel**, **Petra Kammerevert** und **Matthias Groote** trafen sich in Brüssel mit dem Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** im Europäischen Parlament in Brüssel, um die politischen Dimensionen sozialdemokratischer Netzpolitik in aktuellen Gesetzgebungsverfahren zu koordinieren.

Geplant ist ein interparlamentarischer SPD-Arbeitskreis aus Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, wodurch ein regelmäßiger Austausch in den Themenfeldern möglich wird. Dadurch soll in Zukunft noch effizienter bei Gesetzesvorschlägen zusammengearbeitet werden. Ziel ist es, eine bessere Koordinierung angefangen vom Europäischen Parlament über den Deutschen Bundestag bis hin zu den Landesparlamenten zu

erreichen. Zudem soll eine enge Kooperation mit der SPD-Medienkommission erfolgen. Einig waren sich die vier Parlamentarier



darin, dass Gesetzesvorhaben im Bereich Netzpolitik zukünftig aus einem Guss erfolgen soll. Dabei wird **Birgit Sippel**, Mitglied im Innenausschuss, die bürger- und datenschutzrechtliche

Seite, **Petra Kammerevert**, Mitglied im Kulturausschuss, die medienpolitische Sicht verfolgen. **Matthias Groote** setzt sich hauptsächlich im Industrieausschuss für die Themen Telekommunikation und Neue Medien ein, ebenso wie der Bundestagsabgeordnete **Martin Dörmann**.

Als ersten Schritt waren sich die Abgeordneten einig, dass definiert werden muss, was unter Netzpolitik zu verstehen ist, um auf dieser Basis eine zukünftige SPD-Strategie im parlamentarischen Bereich entwickeln zu können. Sowohl die Bereiche Telekommunikation, Mobilfunk und Internet als auch "Digitale Dividende", "e-Partizipation" und die gesamte Bandbreite der Medienpolitik werden dabei eine große Rolle spielen.

Der EU-Beitritt Kroatiens soll Ende 2010 klar sein

Das Europäische Parlament setzt auf den Abschluss der Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr



Im EU-Parlament wurde ein Entschließungsantrag zum Fortschrittsbericht 2009 über den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union mit großer Mehrheit verabschiedet.

„Kroatien hat im vergangenen Jahr beachtliche Fortschritte in seinen Beitrittsbemühungen erzielt. Insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität haben die großen Anstrengungen

bereits Früchte getragen. Deshalb freut es mich, dass wir dieses Engagement heute im Parlament positiv gewürdigt haben und Mitte 2010 die Beitrittsverhandlungen mit einem hoffentlich positiven Ergebnis werden abschließen können“, sagte Petra Kammerevert, Mitglied der Gemischten Parlamentarischen Delegation EU-Kroatien.

Gleichwohl merkte sie an, dass Kroatien in diesem Jahr viel Kraft in die Fortentwicklung seines Verwaltungs- und Justizsystems, den weiteren Aufbau unabhängiger Medien und die Beseitigung struktureller Schwächen in der Wirtschaft investieren müsse. „Das Land hat sich in allen kritischen

Punkten auf den Weg gemacht und es ist an uns, die Kroatinnen und Kroaten auf diesem partnerschaftlich zu begleiten“, so die Sozialdemokratin. Besonders erfreut zeigte sich die Europaabgeordnete über die Bemühungen des Landes, rückkehrenden Flüchtlingen Perspektiven in ihrer alten Heimat zu bieten und gutnachbarliche Beziehungen aufzubauen. „Dies ist sicherlich die größte Herausforderung für Kroatien und die EU. Zugleich wird es ein entscheidender Gradmesser dafür sein, ob uns das wichtigste Ziel eines fortschreitenden europäischen Einigungsprozesses, nämlich Frieden stiftend zu wirken, in dieser besonders sensiblen Region gelingt“, so Petra Kammerevert. Die auch in Kroatien spürbare Wirtschaftskrise habe die Fortführung notwendiger Wohnungsbauprogramme und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zwar erschwert, aber Kroatien glücklicherweise in seinen Beitrittsbestrebungen nicht zurückgeworfen.